

Argumentationshilfe Folge X: „Todsünde“ Demographie - Merkels Verzicht auf tiefgreifende Wende

Von Dieter Farwick, BrigGen a.D und Publizist

Seit Jahrzehnten warnen Wissenschaftler vor einer negativen demographischen Entwicklung in Deutschland. Alle seither verantwortlichen Regierungen im Bund und in den Ländern haben die sich abzeichnende dramatische Fehlewicklung in Festreden thematisiert. Geschehen ist zu wenig.

Heute gibt es bereits Schulen, in denen deutschstämmige Schüler in einer „bedrohten“ Minderheit sind.

Unternehmer weisen seit Jahren auf einen sich abzeichnenden Fachkräftemangel hin, ohne selbst bessere Arbeitsbedingungen – z.B. betriebseigene Kindergärten – für arbeitswillige Frauen zu schaffen.

Die Geburtenrate deutscher Frauen bewegt sich unter 1,5 Kinder pro geburtenfähiger Frau, während die Rate bei Frauen mit Migrantenhintergrund näher bei fünf Kindern liegt.

Die „Mutter am Herd“ wurde als „Heimchen“ aus verschiedenen Richtungen diffamiert. Wirtschaft und Industrie haben Frauen eingeredet, sie sollten sich in einem Beruf außerhalb der Familie „selbstverwirklichen“.

Folgen:

- Die massenhafte illegale Einwanderung hat die ethnischen Bevölkerungsanteile in Deutschland deutlich verändert. Durch die angesprochen unterschiedliche Geburtenrate ist der Anteil autochthoner Deutscher rückläufig. Das wird durch Tausende sog. „Nachzügler“ ständig verstärkt.
- Das Statistische Bundesamt verkündet, die Zahl der Geburten in Deutschland habe sich gesteigert. Wegen der „political correctness“ wird jedoch nicht erwähnt, welcher Ethnie die Kinder angehören. Bei einem Spaziergang über die Königsstraße in Stuttgart kann man subjektiv die demographische Entwicklung in Deutschland – besonders in den Großstädten – erkennen.
- Wegen des befürchteten Facharbeitermangels haben Regierungen in Bund und Ländern sowie Wirtschaft und Industrie die massenhafte Einwanderung unterstützt. Die Ernüchterung hat sich schnell eingestellt. Nach Aussagen der Regierung sind in fünf Jahren nur 10 Prozent der Arbeitsfähigen in den ersten deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren.

- Arbeitsverträge der 30 Dax-Konzerne für Menschen mit Migrationshintergrund bewegen sich im Promillebereich.
- Wenn man 100 „Einwanderer“ braucht, um 10 ausreichend qualifizierte Arbeitnehmer zu erhalten, ist das in hohem Maße unökonomisch.
- Es ist auch inhuman, wenn man die „Einwanderer“ mit nicht erfüllbaren Anreizen „anlockt“.
- Autochthone deutsche Arbeitnehmer empfinden die „Einwanderer“ im Niedriglohnbereich zunehmend als Konkurrenten, was durch zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt – wie z.B. „Industrie 4.0“ und „Internet der Dinge“ - noch verschärft wird.
- Die „Revolution“ in der Herstellung deutscher Automobile hin zum E-Auto wird tausende Arbeitsplätze beseitigen, ohne Zug um Zug gleichwertigen Ersatz zu schaffen.
- Die Sozialsysteme Deutschlands werden weiter überfordert. Die Prognose, dass die Sozialabgaben bis 2020 auf eine Billion steigen werden, ist angesichts der bekannten Entwicklungen optimistisch.
- Hier wirkt sich auch die völlig unzureichende Abschiebungspolitik negativ aus. In Deutschland werden über 400.000 Menschen „geduldet“, deren Antrag auf Asyl abgelehnt wurde. Dazu kommt eine große Zahl derer, die wegen krimineller Verbrechen straffällig geworden sind.
- Diese über 400.000 in Deutschland geduldeten Menschen schaffen es immer wieder, die „Duldung“ zu verlängern – im Extremfall bis zur „Dauerduldung“. In dieser Zeit bekommen sie ungekürzte Staatshilfen.

Dringend notwendige Konsequenzen:

- Die illegale Masseneinwanderung muss „gedeckelt“ werden. Wer ohne Ausweis nach Deutschland kommt, ist als „illegal“ einzustufen und an der Grenze zurückzuschicken oder in „exterritorialen Abschiebelagern“ unterzubringen – mit deutlich begrenzter „Staatshilfe“, Ausgangs- und Handyverbot sowie Transferverbot von Geld.
- Das gilt auch für Asylsuchende, die aus einem sicheren Drittland kommen und erst in Deutschland ihren Antrag stellen wollen. Die Praxis deutscher Behörden, diese Menschen **freiwillig** in das deutsche Asylverfahren aufzunehmen, ist unverzüglich zu beenden.
- Die Zahl der Nachzügler ist deutlich zu reduzieren.
- Es sind vornehmlich die jungen Menschen abzuschieben, die unsere Sozialsysteme auf Jahrzehnte belasten und ihren Ländern beim Wiederaufbau fehlen. Deutschlands Städte sind nach dem 2. Weltkrieg mit der Hilfe von ungelerten „Trümmerfrauen“ vom Schutt befreit worden, um den Wiederaufbau zu beschleunigen. Kann man das von jungen Menschen aus Aleppo nicht auch erwarten?
- Es muss durch gute Angebote verhindert werden, dass jährlich rd. 100.000 qualifizierte Menschen Deutschland auf Zeit oder auf Dauer verlassen.
- Die 10 Prozent, die als „Einwanderer“ aus Afrika und Asien innerhalb von fünf Jahren maximal in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können, können ökonomischer aus europäischen Ländern gewonnen werden, in denen hohe Jugendarbeitslosigkeit herrscht.

Mit diesen jungen Menschen gibt es geringere kulturelle und religiöse Faktoren, die die gewünschte Integration erschweren.

- Die Mutter, die wegen der Erziehung ihrer Kinder ihren Beruf auf Zeit aufgibt, sollte die finanzielle Anerkennung bekommen, die der Schaffung eines Platzes im Kindergarten oder in einer Kita im jeweiligen Bundesland entspricht.

- Jede Regierung in Bund und Ländern sollte in erster Linie danach beurteilt werden, ob sie „Wohl“ und „Nutzen“ für die autochthonen Deutschen verbessert haben, wie sie es in ihrem Amtseid dem deutschen Volke geschworen haben.
- Es gibt nicht die **eine** Stellschraube, um die negative demographische Entwicklung in Deutschland mittelfristig zu verändern.
- Es müssen Anreize geschaffen werden, dass unsere Kinder vermehrt wieder in der Familie mit empathischen Bezugspersonen erzogen und gebildet werden.
- Kinder werden dann geboren, wenn der Blick in die eigene Zukunft positiv und erfolgsversprechend ist.